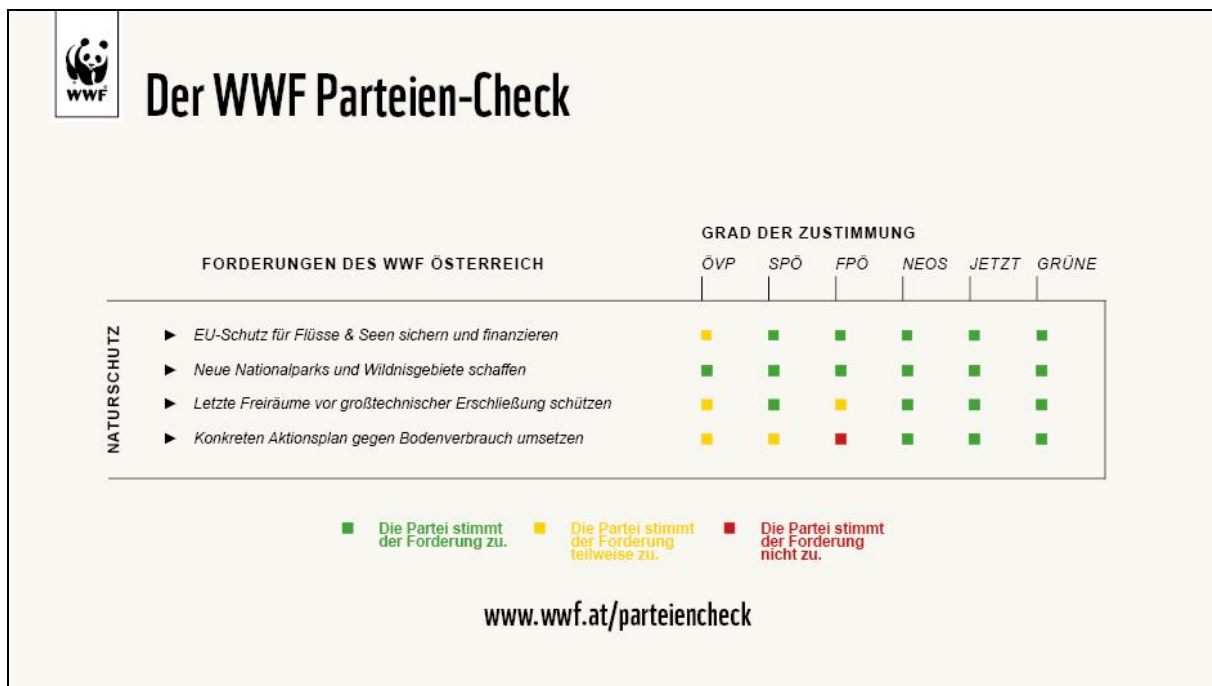




23. August 2019

WWF Österreich: Fragebogen zur Nationalratswahl 2019

Positionen und Bewertungen der relevanten wahlwerbenden Parteien zum Thema Natur- und Artenschutz



Die EU-Wasserrahmen-Richtlinie soll heimische Flüsse und Seen schützen, damit deren guter ökologischer Zustand erhalten und erreicht wird. Sind Sie dafür, dass diese Richtlinie für den Gewässerschutz in ihrer bewährten Form erhalten und von Österreich vollumfänglich bis 2027 umgesetzt wird – mit ausreichendem Budget, also zusätzlichen finanziellen Mitteln?

ÖVP: Die Verbesserung des ökologischen Zustandes der heimischen Gewässer war schon Teil des Regierungsprogrammes der letzten Regierungskoalition. Die Volkspartei steht zum Schutz und zur Verbesserung der ökologischen Qualität unserer Gewässer. Es wurden von 2009 bis 2017 rund 339 Mio. Euro zu diesem Zwecke investiert. Die Volkspartei wird sich – unter Berücksichtigung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes – für die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel einsetzen, um die Inhalte der EU-Richtlinie umzusetzen.



SPÖ: Aus Sicht der SPÖ soll die bestehende Richtlinie nicht abgeschwächt werden. Wie der jüngste Rechnungshofbericht deutlich zeigt, gibt es aber – vor allem wegen mangelnder Budgetmittel – große Umsetzungsdefizite. Also ja, es braucht sicher die längst geforderten zusätzlichen Finanzmittel, so wie es der gültige Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan eigentlich auch erfordert.

FPÖ: Ja.

NEOS: Wir stehen für einen umfassenden Gewässerschutz und für die entsprechende Umsetzung der EU WRRL. Sie gewährleistet auch einen nachhaltigen Ausbau der Wasserkraft. Eine Anpassung ist aus unserer Sicht nicht notwendig.

JETZT: Absolut! § 104a WRG, der nahezu jedes auch noch so schädliche Wasserkraftwerk unter Hinweis auf das „öffentliche Interesse“ genehmigungsfähig macht, gehört außerdem überarbeitet und nachgeschärft. Derzeit werden Kraftwerke mit geringem Ertrag und schlimmen negativen Auswirkungen auf die Umwelt sogar noch mittels Ökostromförderungen gefördert. Die Beteiligung von NGOs und BIs in Verfahren soll zudem ausgebaut, Informationsrechte besser verankert werden.

GRÜNE: Ja und Ja. Die Grünen sind erwiesenermaßen die einzige Partei, die sich genau dafür einsetzte - als die Mittel aus dem 1.NGP aufgebraucht waren und die Frage der Finanzierung des 2. NGP aufkam. Die Grünen haben bereits im September 2015 im Nationalrat einen Antrag zur Finanzierung wasserökologischer Sanierungsmaßnahmen eingebracht. Dieser Anträge forderte den Umweltminister auf:

- 1) dem Nationalrat unverzüglich eine Novelle des Umweltförderungsgesetzes vorzulegen, um die ausreichende Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustands von Gewässern für die zweite Verpflichtungsperiode ab dem Jahr 2016 sicherzustellen und
- 2) die von den österreichischen Umweltschützern geforderte Einhebung von Gebühren für Wasserdienstleistungen zur zusätzlichen Finanzierung von gewässerökologischen Maßnahmen zu prüfen. Dieser Antrag wurde im Ausschuss von ÖVP und SPÖ sechs Mal vertagt. So wurde eine Abstimmung im Plenum des Nationalrats vor laufender Kamera verhindert. Einen weiteren Antrag, der 50 Mio. Euro jährlich zur Förderung gewässerökologischer Sanierungsmaßnahmen zur Erreichung der WRRL Ziele gebracht hätte, wurde im November 2016 von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

WWF-Bewertung: Alle Parteien plädieren für zusätzliche Mittel zum ökologischen Gewässerschutz, weshalb es dazu möglichst rasch einen entsprechenden Parlamentsbeschluss geben sollte. Das die dafür notwendigen finanziellen Mittel seit Jahren fehlen, hat 2019 auch der Rechnungshof in einem Bericht bestätigt. Mit Ausnahme der ÖVP bekennen sich alle Parteien in ihren Antworten explizit zur Absicherung der wichtigen EU-Wasserrahmen-Richtlinie in ihrer bewährten, jetzigen Form.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Die Natur hat in Österreich nur auf 1,2 Prozent der Staatsfläche absoluten Vorrang - konkret in den sechs bestehenden Nationalparks und in zwei Wildnisgebieten. Wissenschaftler sind sich einig, dass es wesentlich mehr streng geschützte Flächen bräuchte, um die gesamte Artenvielfalt zu erhalten. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Österreich weitere Nationalparks und Wildnisgebiete eingerichtet werden?

ÖVP: Die Erhaltung der Artenvielfalt ist uns ein großes Anliegen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir uns dafür einsetzen, dass in Österreich in Zukunft zusätzliche Nationalparks und Wildnisgebiete eingerichtet werden.

SPÖ: Die jüngsten Berichte über den Rückgang der Artenvielfalt sind dramatisch. Weitere Rückzugsgebiete in Form von Nationalparks oder Wildnisgebieten können hier eine wichtige Funktion erfüllen.

FPÖ: Ja, zudem scheint es von großer Bedeutung zu sein, auch das Projekt der Naturgärten zu unterstützen. Das ist ein vielversprechender integrativer Ansatz zwischen Mensch und Natur.

NEOS: Ja.

JETZT: Ja, unbedingt.

GRÜNE: Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass weitere Nationalparks und Wildnisgebiete eingerichtet werden und kämpfen seit Jahren für die Erweiterung bestehender Nationalparks. Zuletzt wurde unser Antrag auf Erweiterung des Nationalparks Kalkalpen im Landtag von Oberösterreich von ÖVP und FPÖ im Februar 2019 abgelehnt.

WWF-Bewertung: Sehr erfreulich: alle Parteien sprechen sich für neue Nationalparks und Wildnisgebiete aus, die ein wichtiges Rückzugsgebiet für geschützte Arten und die Natur insgesamt sind. Räume, in denen die Natur ihre eigene, autonome Antwort auf die Klimakrise und deren Folgen finden kann, werden immer wichtiger. Der Druck auf die Natur steigt überall: Dürre, Wetterextreme, neuartige Krankheitserreger erfordern eine evolutive Anpassung von Arten und Lebensräumen – und das gelingt am besten in Gebieten, die frei sind von zusätzlichen Belastungen, etwa aus Land- und Forstwirtschaft. Voraussetzung für die Ausweisung zusätzlicher Gebiete sind entsprechende Finanzmittel. Denn Großschutzgebiete werden in Österreich vernünftigerweise nur auf Basis von Vertragsnaturschutz-Lösungen errichtet und somit unter angemessener Entschädigung von Grundbesitzern und Nutzungsberechtigten. Die gesamtgesellschaftlichen Vorteile einer solchen Investition sind aber riesengroß.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Nur noch sieben Prozent der österreichischen Staatsfläche sind weitgehend naturbelassen und unerschlossen. Sind Sie dafür, dass diese Flächen zugunsten der Biodiversität und einer sanften, naturtouristischen Nutzung vor großtechnischer Erschließung (Seilbahnen, Kraftwerke, Straßen) geschützt werden?

ÖVP: Diese Naturschutzflächen in Österreich, allen voran die Nationalparks, mit einer Gesamtfläche von 238.395 ha, sind unerschlossen und naturbelassen und bieten gleichzeitig ein einzigartiges Naturerlebnis. Die Nationalparks übernehmen kulturelle Verantwortung im Sinne von Naturerbe, durch professionellen und innovativen Naturschutz, erlebnisbetonte Umweltbildung und praxisorientierte Forschung. Sie nehmen eine besondere Stellung in der Naturschutzpolitik ein. Es bedarf einer bewussten, regionalpolitischen Entscheidung, weitere Flächen oder neue, bisher unberührte Flächen, zu schützen. Hier sind die Bundesländer die Ansprechpersonen, diese kennen die lokalen Begebenheiten am besten und sind für den Naturschutz und auch die Ausweisung der Gebiete verantwortlich.

SPÖ: Sowohl aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes als auch in Hinblick auf den Erhalt von naturbelassenen Erholungsräumen für die Menschen ist der Schutz bestimmter Flächen erforderlich. Das haben wir etwa in einem Antrag zum Schutz der letzten alpinen Freiräume vor großtechnischer Erschließung gefordert.

FPÖ: Das ist von Fall zu Fall abzuklären, denn auch die Errichtung von Photovoltaikanlagen oder Windkraftwerken auf der grünen Wiese verbraucht Flächen

NEOS: Ja.

JETZT: Ja, unbedingt. Ein Beispiel für einen derzeit sehr dramatischen Punkt für die Biodiversität ist die aktuelle Gras- bzw. Heuerntemethode: es wird bis zu fünf Mal im Jahr gemäht. Blumen haben keine Chance zu blühen und auszusamen. Oft werden gebietsfremde Grasmischungen (auch aus Übersee), wobei Blumen und Kräuter oft fehlen. Insekten finden daher keine Nahrung (weder für Larven noch für adulte Tiere). Bodenbrüter haben keine Chance, ihre Jungen innerhalb der kurzen Mähintervalle groß zu ziehen. Andererseits ist extrem schnell wachsendes Gras ein intensiver Beschatter für den Boden. Dadurch gibt es trotz Klimaerwärmung zum Teil zu kalte Böden für manche Insekten und Bodenbrüter. Verwendete Mähgeräte fahren oft extrem schnell. 40km/h sind keine Seltenheit. Dazu kommen noch doppelt-breite Mähhauler. Tiere haben keine Chance zu fliehen. Aktuelle Mäher arbeiten dazu noch nach der Kreismethode, die einen extremen Sog erzeugt und auch noch die Tiere hochreißt, die sonst am Boden überleben würden.

GRÜNE: Ja. Der Kampf gegen große, unnötige Infrastrukturprojekte, die bestehende Ökosysteme zerstören, ist einer der wichtigsten Anliegen grüner Politik. Das hat für uns Tradition - von Hainburg bis zur dritten Piste. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Projekte UVP-pflichtig werden, insbesondere auch im Bereich der industriellen Landwirtschaft (Intensivtierhaltung und Intensiv-Gemüsezeit); die Genehmigungskriterien müssen verbessert werden, etwa in Bezug auf Energieeffizienz, Klimaschutz, Flächenverbrauch und den Lärmschutz (keine Privilegierung von Verkehrsanlagen). Ein einheitliches Anlagenrecht ist anzustreben.

WWF-Bewertung: GRÜNE, SPÖ, NEOS und JETZT fordern den verbindlichen Schutz der letzten naturbelassenen Staatsflächen. FPÖ und ÖVP vermeiden ein klares Bekenntnis bzw. weichen der konkreten Frage aus und verweisen auf eine Fall-zu-Fall-Bewertung bzw. die Zuständigkeit der Bundesländer. Aus Sicht des WWF ist die regionale Mitsprache und



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Mitgestaltung zwar unverzichtbar, aber die Einrichtung von erschließungsfreien Ruhegebieten ein nationales Anliegen. Österreich als Tourismusland muss den besonderen Schatz unerschlossener Gebiete hüten wie seinen Augapfel. Daher wäre auch eine Mitsprache des Bundes zielführend. Eine geteilte Kompetenz von Bund und Ländern hat sich bei der Ausgestaltung der Nationalparks sehr bewährt und sollte auch bei dieser vitalen raumplanerischen Aufgabe genutzt werden.

Österreich liegt beim Bodenverbrauch im EU-Spitzenfeld. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das nächste Regierungsprogramm einen konkreten Aktionsplan gegen Bodenverbrauch und Flächenversiegelung enthält, damit die tägliche Flächeninanspruchnahme rasch auf das Reduktionsziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung von 2,5 ha/Tag gesenkt wird.

ÖVP: Wir setzen uns für die Erarbeitung und Beschlussfassung eines strategischen Infrastruktur- und Raumordnungskonzepts in Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden als Grundlage für die infrastrukturelle Weiterentwicklung unseres Landes ein. Darin muss es eine stärkere Rücksichtnahme hinsichtlich des Verlustes von unverbauter Fläche durch fortschreitende Bodenversiegelung geben. Wir wollen Flächenverbrauch verantwortungsvoll steuern, um Flächenverlust/-versiegelung zu reduzieren. Nachverdichtung und Überbauung haben jedenfalls Vorrang vor Versiegelung grüner Wiesen.

SPÖ: Die SPÖ bekennt sich zum Ziel der Begrenzung des Flächenverbrauchs auf die in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten 2,5 ha/Tag. Dazu braucht es ein Bündel von Maßnahmen, etwa eine verbesserte Koordinierung der Raumplanung und wirksame Maßnahmen zu Renaturierung

FPÖ: Mindestens so wichtig ist es, das Problem der Industriebrachflächen anzupacken. Insgesamt machen diese Flächen bereits eine Fläche in der Größe von Graz aus.

NEOS: Ja, wir treten für eine grundlegende Reform der Raumplanung und Flächennutzung ein. Wir brauchen in Österreich für Flächennutzung, Raum- und Verkehrsplanung eine bundesweite Gesamtstrategie und einen bundesgesetzlichen Rahmen. Nur so können wir die Zersiedelung stoppen, Naturraum und Böden schützen und eine nachhaltige Wohn- und Infrastrukturpolitik ermöglichen. Durch eine Reform der Fördersysteme, neue Anreize für Siedlungsverdichtung und Flächenrecycling sowie durch verstärkte Transparenz, Kontrolle und Reform der Widmungskompetenzen werden wir der Zersiedelung und dem Flächenfraß entgegenwirken. Zusätzlich wird eine bundeseinheitliche Rahmenkompetenz in der Raumordnung das Konzept der grünen Infrastruktur stärker in den Fokus stellen. Wir entwickeln einen bundesweiten Masterplan für den Schutz von Böden, der nicht nur Maßnahmen zur Verhinderung von Versiegelung umfasst, sondern auch Maßnahmen und Ziele zur Erosionsbekämpfung und zur Reduktion der Bodenbelastung durch chemischen Pflanzenschutz und Überdüngung. Leider wurden unsere entsprechenden Anträge im Nationalrat mehrmals abgelehnt oder vertagt.

JETZT: Ja.

GRÜNE: Ja. Grüne kämpfen auf allen politischen Ebenen gegen den fortschreitenden Flächenverbrauch. In Salzburg hat die ehemalige Grüne Landesrätin und jetzige Spitzenkandidatin Astrid Rössler bewiesen, dass sie bei diesem Thema auch bei viel Gegenwind nicht nachgibt. Neben einigen heiß diskutierten Einzelentscheidungen (wie dem Schutz des Bodens durch eine weitere Verbauung durch den Salzburger Europark) setzte sie eine neue Raumordnung für Salzburg durch, das Bauland-Spekulation verhindern und planlose Zersiedelung eindämmen wird. Während für viele Fragen des Bodenschutzes die



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Länder oder die Gemeinden zuständig sind, hat auch der Bund eine große Verantwortung. Der Straßenbau ist der Bodenvernichter Nummer 1 - wir Grünen sind die einzigen, die sich gegen einen weiteren Ausbau von Schnellstraßen und Autobahnen stellen. Darüber hinaus braucht es vor allem im Rahmen des Finanzausgleichs (Reform der Kommunalsteuer, 15a Vertrag zum Klimaschutz um u.a. die Förderung des Neubaus ohne ÖPNV-Anschluss zu beenden, etc.) mit den Bundesländern konsequente Maßnahmen, um Versiegelung und Flächenverbrauch zu verhindern.

WWF-Bewertung: GRÜNE, NEOS und JETZT sind im Sinne der gestellten Frage dafür, dass das nächste Regierungsprogramm einen konkreten Aktionsplan gegen Bodenverbrauch und Flächenversiegelung enthält. Auch ÖVP und SPÖ bekennen sich erfreulicherweise dazu, den Flächenverbrauch zu reduzieren, lassen aber in ihrer Antwort nicht erkennen, ob sie dafür auch in Regierungsverantwortung einen starken Plan verankern wollen. Die FPÖ geht nicht auf die konkrete Frage ein und verweist nur auf das Problem der Industriebrachflächen.

Die Wirbeltierbestände in Österreich sind laut Living-Planet-Index¹ in den vergangenen 30 Jahren um durchschnittlich 70 Prozent zurückgegangen. Ähnliche schlechte Ergebnisse zeigen auch viele andere Berichte und wissenschaftliche Studien. Was werden Sie tun, um den Verlust an Lebensräumen und Arten zu stoppen?

ÖVP: Die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten ging innerhalb der letzten Jahrzehnte vielerorts stark zurück. Die Gründe dafür sind vielfältig und nicht an einzelnen Ursachen festzumachen. Zunehmender Verbrauch und die Versiegelung von Flächen, klimatische Veränderungen und vermehrtes Einwandern invasiver Arten führen zu einer Verdrängung von Arten sowie Verbreitung von Krankheiten. Die Abnahme an Strukturvielfalt und des Blütenangebots in der heimischen Kulturlandschaft sind am Rückgang der Wirbeltierbestände, aber auch von Bestäubern und Insekten beteiligt. Brache, kleinräumig strukturierte Flächen bieten Lebensräume für viele Arten. Jeder Garten- oder Terrassenbesitzer kann Nahrungs- und Lebensräume für Bestäuber schaffen. Das Stehenlassen von Altgrasstreifen zur Erhöhung der Blütezeit, das Schaffen offener Bodenstellen, der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel. Aber auch andere Faktoren haben einen großen Einfluss: die zunehmende Versiegelung und Zerschneidung von Flächen etwa oder die zunehmende Belastung durch Licht (in der Nacht vor allem) und Luftverschmutzung. Es braucht hier eine umfangreiche Lösung im Rahmen einer einheitlichen „Grünraumplanung“, damit jedenfalls die dringend nötigen Flächen erhalten bleiben. Wichtig sind auch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, damit soll der Bevölkerung die Bedeutung der Artenvielfalt nähergebracht werden. Auch im Rahmen der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU wird die Förderung der Biodiversität insgesamt im Fokus stehen.

SPÖ: Eine Eindämmung des überhöhten Flächenverbrauchs ist sicher nur eine, aber zentrale Maßnahme. Darüber hinaus braucht es sicher auch ein besseres Monitoring von Lebensräumen und Arten und den Schutz von Rückzugsgebieten.

¹ Living Planet Index AT, Oktober 2018. Erstellt von WWF Österreich und Universität für Bodenkultur Wien.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

FPÖ: Im Mittelpunkt stehen eine intelligente Raumplanung und Maßnahmen gegen die Zersiedelung. Neben dem Wohnungsraum für Menschen benötigen wir auch Naherholungsgebiete sowie Raum für Wildtiere.

NEOS: Laut Wissenschaft sind zwei Hauptfaktoren dafür verantwortlich: Ein übermäßiger Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel sowie der Verlust von Lebensraum. Wir wollen eine Reihe von Maßnahmen umsetzen, um weniger Chemie auf unseren Feldern zu haben: Durch Investitionen in Forschung und Innovation sowie eine Förderung des integrierten Pflanzenschutzes können wir den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln stark reduzieren und gemeinsam mit Landwirten und Wissenschaft den Artenschutz verbessern. So mindern wir die Umweltbelastung, reduzieren die Kosten für die Landwirtschaft und schaffen Anreize für innovative Unternehmen. Auch hier haben wir zahlreiche Anträge im Parlament gestellt, welche abgelehnt oder vertagt wurden.

JETZT: Wir müssen die Verbauung zu Wasser und zu Lande stoppen und renaturieren.

GRÜNE: Die industrielle Landwirtschaft ist neben dem Klimawandel eine Hauptursache für das Artensterben. Wichtige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gehen durch Ackergifte, Überdüngung, Monokulturen, intensive Landnutzung und fehlende Wildnis verloren. Wir reduzieren den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft drastisch, indem wir die giftigsten Pestizide sofort verbieten – darunter auch alle Neonikotinoide, denn sie schaden unseren Insekten, wie etwa den Bienen, massiv. Für das Ende des Totalherbizids Glyphosat setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft ein. Die Zulassungsverfahren für Pestizide wollen wir auf Basis eines gestärkten Vorsorgeprinzips reformieren und das zugrunde liegende Wissenschaftsprinzip transparenter machen. Es braucht dringend eine unabhängige Risikobewertung, strenge Kontrollmechanismen, sowie einen massiven Ausbau der biologischen Landwirtschaft.

WWF-Bewertung: Die Parteien gehen in unterschiedlicher Tiefe auf Teilbereiche des Problems ein, lassen aber in ihren Antworten einen wirklich umfassenden und konkreten Aktionsplan vermissen. Hier fehlt auch der Bezug auf bestehende Verpflichtungen wie jene der EU-Biodiversitätsstrategie, die von Österreich nur unzureichend erfüllt wird. Trotz einiger positiver Ansätze wie der Ökologisierung der EU-Agrarpolitik, der Reduktion von Pestiziden und der Wiederherstellung von Lebensräumen herrscht noch großer Aufholbedarf im Kampf gegen Artensterben und Naturzerstörung.

Geschützte Arten wie Wolf, Luchs, Fischotter, Biber oder Adler kehren wieder nach Österreich zurück und besiedeln ihre ursprünglichen Lebensräume. Wie schaffen wir ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Natur, wie es auch EU-Recht vorsieht?

ÖVP: Wir setzen uns für die Absicherung der hohen europäischen Natur- und Tierschutzstandards ein und berücksichtigen neben der Förderung der biologischen Vielfalt auch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und regionale Gegebenheiten. Bei Schäden durch Wölfe muss ein effektives Management auf regionaler Ebene ermöglicht werden. Zum Schutz von Alm- und Weidetieren vor großen Beutegreifern soll die Möglichkeit zur Einrichtung von „Weideschutzzonen“ geschaffen werden. Wachsende Biberpopulationen sind eine immer größer werdende Herausforderung für den Hochwasserschutz. Wolfs- und Biberbestände müssen daher evaluiert und regionale Überpopulationen berücksichtigt werden.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

SPÖ: Die EU-rechtlichen Schutzvorgaben stehen für uns außer Frage. Was fehlt ist einerseits eine vorausschauende Information der Bevölkerung und verbesserte Hilfsmaßnahmen für Land- und Forstwirte bei auftretenden Schäden.

FPÖ: Dort, wo durch Fischotter, Wolf oder andere Raubtiere Schäden entstehen, sind im Interesse der Diversität der Wiederansiedelung dieser Arten den Betroffenen auch die notwendigen Entschädigungszahlungen anzubieten.

NEOS: Der Wolf wird bei uns wieder heimisch. Im Umgang mit dem Wolf sollte auf eine sachliche Diskussion gesetzt werden und weder auf Panikmache noch auf naive Romantisierung eines Wildtiers. Was wir anstreben: Ein praxistaugliches nachhaltiges Wolfsmanagement, das Aspekte des Naturschutzes und der landwirtschaftlichen Praxis gleichermaßen berücksichtigt und auf Erfahrungen der Nachbarstaaten zurückgreift. Es braucht auch klare Entschädigungsmodelle für LandwirtInnen, die etwaige Schäden unbürokratisch und transparent ersetzen.

JETZT: Aufklärung ist notwendig. In Europa wurden nahezu alle Raubtiere ausgerottet. Wir sind es nicht mehr gewohnt, in einer Umwelt mit intaktem Artenreichtum zu leben. Die Aufklärung muss schon in den Schulen ansetzen. Wölfe lösen das Problem der Verbiss und Schältschäden im Wald, da der Bestand auf ein natürliches Maß zurück geht

GRÜNE: Die Rückkehr dieser geschützten Arten nach Österreich ist eine Bereicherung für die Natur, führt aber auch zu Konflikten mit den Interessen der Landwirtschaft und zu Schäden an Weide- und Nutztieren. Deshalb müssen wir rasch mit der Umsetzung von Managementmaßnahmen beginnen, um ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben zu garantieren. Als ersten Schritt müssen daher verschiedene Präventionsmaßnahmen konkret verankert und Budgetmittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Zur Verringerung des Risikos für Weide- und Nutztiere durch die zurückgekehrten Arten sind Maßnahmen wie geeignete Herdenschutzmaßnahmen (Behirtung, Herdenschutzhunde, Maschendraht-Zaun, Elektrischer-Zaun, Nachtkoppel), Absperrungen rund um Teiche und dergleichen zu ergreifen. Diese Maßnahmen bieten keinen vollkommenen Schutz, verringern aber Schäden deutlich. In klar definierten Ausnahmefällen können einzelne Tiere, die als besonders schadenstiftend oder als Risiko für die Sicherheit von Menschen eingeschätzt werden, auch entnommen oder abgeschossen werden. Voraussetzung für Entnahmen inkl. Abschuss ist aber, dass Präventivmaßnahmen umgesetzt wurden und kein gelinderes Mittel als die Entnahme zum Erfolg führt. Zudem braucht es verstärkte Informations- und Aufklärungsarbeit für Landwirt_innen, Jäger_innen sowie generell die Öffentlichkeit über die Verhaltensweisen speziell der Wölfe. Wenn wir verstehen, wie diese Tiere leben und wie sie sich verhalten, wird auch die gesellschaftliche Akzeptanz für Wolf, Luchs, Fischotter, Biber oder Adler wachsen. Diese Tiere haben eine Existenzberechtigung, da Tierschutz nicht bei jenen Tieren aufhört, die wir Menschen uns als Nutztiere halten. Wir sind es vielmehr allen Tieren schuldig, ihnen Respekt und Schutz zukommen zu lassen.

WWF-Bewertung: Einzig die Grünen erwähnen richtigerweise die Wichtigkeit von Prävention, obwohl dies insbesondere bei Wolf (Herdenschutz), Biber und Fischotter ein zentraler Faktor für ein vernünftiges Miteinander ist. Grundsätzlich positiv zu bewerten sind Parteien-Antworten mit Bekenntnissen zu mehr Informationsarbeit und zur Entschädigung Betroffener, wenn Schäden auftreten. Die ÖVP fordert „Weideschutzzonen“, lässt aber auch auf WWF-Nachfrage offen, welche Ursachen und Folgen deren Umsetzung hätte. Die bisher von einzelnen Vertretern geforderten „wolfsfreien Zonen“ widersprechen laut Aussagen von EU-Kommission und Umweltministerium dem EU-Naturschutzrecht.